**Beschluss des Landrats vom 27.08.2026**

Nr. 1911

## 26. Fragestunde der Landratssitzung vom 27. August 2026

2026/5777; Protokoll: gs

### 1. Lucia Mikeler Knaack: Nasskühltürme und Legionellenprävention

Keine Zusatzfragen.

### 2. Juliana Weber Killer: Frühlandungen von Frachtflugzeugen am EuroAirport

**Juliana Weber Killer** (SP) sagt, die Antworten würden sich auf Abflüge beziehen. Die Fragen hatten aber explizit die Anflüge erwähnt. Im Betriebsreglement heisst es, dass morgens von 5 bis 6 Uhr keine lauten Frachtflugzeuge landen oder starten dürfen – ebenso wenig von 22 bis 24 Uhr. An diesem 27. Juli gab es drei solche Landungen, aber nicht Starts. Sie stellt folgende Zusatzfrage: *Wie sind die Antworten unter diesem Gesichtspunkt zu verstehen?*

Antwort: Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) sagt, dass in den Fragen bzw. der Frage 1 von Starts besonders lauter Frachtflugzeuge an diesem 27. Juli die Rede war – und nicht von Landungen. Wenn Landungen gemeint waren, sollen entsprechende Antworten selbstverständlich nachgeliefert werden. *[siehe Nachtrag]*

### 3. Sven Inäbnit: Taxpunktdeckelung im TARDOC

Keine Zusatzfragen.

### 4. Tobias Beck: Trinkwasserversorgung

Keine Zusatzfragen.

### 5. Andrea Heger: Sind Brandschutz und Trinkwasserqualität gewährleistet?

Keine Zusatzfragen.

### 6. Marco Agostini: Schweizer Salinen wieder mal in den Medien

**Marco Agostini** (Grüne) sagt, dass die Frage 1 überhaupt nicht beantwortet sei. Dort ging es um die strategischen Differenzen. Die erste Zusatzfrage ist: *Welche Differenzen gab es?* Und: Es gab in den letzten Jahren relativ viele Wechsel in den Führungspositionen verschiedener Organisationen wie der Gebäudeversicherung, der BLKB, der radicant, den Salinen, der Steuerverwaltung, dem Personalamt etc. Der Redner stellt folgende Zusatzfrage: *Hat der Kanton ein Headhunter-Problem, dass es so oft zu Wechseln kommt?* Dies kostet immer viel Geld und ist für die Arbeit nicht förderlich.

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) dankt, wenn die Governance-Thematik zur Kenntnis genommen wird. Bei den Beteiligungen wählt nicht der Regierungsrat den CEO, sondern der zuständige Verwaltungsrat, dies basierend auf Anforderungsprofilen und begleitet von einem externen Experten, sodass die Professionalität und Objektivität des Evaluationsverfahrens garantiert sind. Das war bei der Gebäudeversicherung immer der Fall. Nach dem ersten Wechsel des CEO gab es dort wie kommuniziert eine Validierung. Dazu liegen entsprechende Berichte vor, die extern erarbeitet wurden. Aktuell ist die Gebäudeversicherung bestens besetzt. Damit dürfte die Thematik erledigt sein.

Bei den Salinen wurde ebenfalls extern ausgeschrieben und begleitend ein Assessement durchgeführt. Es gab dann aber *on the job* Differenzen. Sie sind dem Redner bisher nicht gänzlich bekannt; die Sachlage ist auch nicht ganz einfach. Der Kanton hält rund 3,5 % der Aktienanteile. Aktionäre sind alle Kantone und Liechtenstein. Es gibt aktuell keine Generalversammlung. Wenn es aber darum geht, eine Eigentümerstrategie zu erarbeiten und die Eigentümergespräche vorzubereiten, ist dafür neu ab 1.7.2025 ein Konkordatsrat zuständig. Dort sind alle 26 Kantone sowie das Fürstentum vertreten. Es gibt dort auch ein siebenköpfiges Konkordatspräsidium, in dem der Redner als Vertreter des Standortkantons Einsitz hat. Man hat sich bereits ausgetauscht. Das Präsidium liegt beim Kanton Uri. In einigen Wochen wird es eine Sitzung des Konkordatspräsidiums geben, an der man sich mit dem CEO-Wechsel befassen wird.
Dass Frage 1 nicht vollumfänglich beantwortet wurde, war Absicht: Personalien werden nicht in der Öffentlichkeit diskutiert. Es gab aber Verwerfungen etwa betreffend Führungsstil oder strategische Ziele. Letztere werden aber durch den Konkordatsrat vorgegeben, der das Salzkonkordat vertritt. Damit ist auch klar gesagt, dass die anderen Probleme nicht zu Tage treten werden, etwa ob die Investitionsstrategie der Rheinsalinen gefährdet ist. Fakt ist aber auch, dass die Produktion des heutigen Standorts wahrscheinlich nach Riburg wechseln wird, dies auch aufgrund der politischen Verwerfungen. Ganzheitlich betrachtet sollte dieser Abgang aber keinen weiteren Einfluss auf die Strategie haben.

### 7. Margareta Bringold: Spital Laufen – Wie weiter ab 2027

Keine Zusatzfragen.

### 8. Peter Riebli: Zustandsanalyse Regierungsgebäude

**Peter Riebli** (SVP) sieht, dass der verantwortliche Regierungsrat nicht anwesend ist – die Zusatzfragen dürfen aber gerne an ihn weitergereicht werden. Zunächst sei für die ausführliche und gute Beantwortung der Fragen gedankt. Im Moment wurde noch nicht kommuniziert, wie weit sich der Hausschwamm ausgebreitet hat. Wenn dies mehr als bloss einen oder zwei Balken umfasst, ist es erstaunlich, dass man dies bei der Erdbebenabschätzung gemäss SIA-Norm 269/8 nicht festgestellt hat. Der Redner stellt darum eine erste Zusatzfrage: *Wie weit ist dieser Pilz verbreitet*? *Wieso hat man dies dazumal nicht gesehen?* Eine weitere Zusatzfrage lautet: *Welches Konzept zum Erhalt bestehender Infrastrukturen im Hoch- und Tiefbaubereich oder beim Amt für industrielle Betriebe besteht in der Baudirektion?*

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) als Stellvertreterin des Baudirektors wird die Fragen mitnehmen. *[siehe Nachtrag]*

### 9. Matthias Ritter: Bauinvestitionen

Keine Zusatzfragen.

### 10. Flavia Müller: Untragbare Tigermückensituation in Allschwil

Keine Zusatzfragen.

### 11. Reto Tschudin: Zukunftstag 2026

**Reto Tschudin** (SVP) hat eine Zusatzfrage: *Ist es richtig verstanden, dass die Schule möchte, dass die Kinder einen Tag in einem fremden Haushalt mitarbeiten, weil – dies ist die Begründung – «die Schülerinnen und Schüler Anspruch auf eine geschlechtergerechten Unterricht haben»?*

Antwort: Regierungsrat **Markus Eigenmann** (FDP) geht von einer Verkürzung der Argumentation aus, wenn dies so direkt abgeleitet wird. Der geschlechtergerechte Unterricht hat selbstverständlich viel mehr Facetten als die entsprechende Frage. Es ging bei der Beantwortung insbesondere darum, darzulegen, welche Verankerung und welche Grundlagen für den nationalen Zukunftstag bestehen, wie man ihn in Baselland kennt. Das ist einerseits der Lehrplan, der in der Kompetenz des Bildungsrats liegt – und andererseits eine Bestimmung des Bildungsgesetzes, in welcher der Anspruch auf einen geschlechtergerechten Unterricht verankert ist.

**Reto Tschudin** (SVP) stellt eine zweite Zusatzfrage: *Ist der Regierungsrat ebenfalls der Meinung, dass die Argumentation etwas weit hergeholt ist?*

Antwort: Regierungsrat **Markus Eigenmann** (FDP) konnte keine Rücksprache mit dem Regierungsrat nehmen, weil er die Frage nicht kannte. Persönlich wird die Einschätzung ein Stück weit geteilt.

### 12. Anita Biedert: Sonderschulen

**Anita Biedert** (SVP) dankt für die Beantwortung. Es ist erfreulich, dass zwei weitere Vorhaben terminiert sind. Das Urteil des Kantonsgericht wurde so zur Kenntnis genommen, dass der Kanton die Rechtsansprüche erfüllt. Die Thematik betrifft auch die Vorstösse von Marc Scherrer. Der Regierungsrat anerkennt die Not und die Zunahme der komplexen Fälle. Die Rednerin stellt eine erste Zusatzfrage zur Kurzzeit- und Ferienpflege in Pflegefamilien. Es ist schwierig, Plätze zu schaffen oder zu finden. *Wie ist der Stand der Dinge, dass man fündig wird und zuversichtlich sein kann?* Zudem: Im Jahr 2023 hat der Regierungsrat festgehalten, dass Ferienhortplätze ein berechtigtes Anliegen sind. Er hat darauf verwiesen, dass eine Aufnahme der Ferienbetreuung bei der nächsten Erneuerung der Leistungsvereinbarung per 1. Juli 2026 möglich wäre. Daraus ergibt sich eine zweite Zusatzfrage: *Wie zeigt sich die aktuelle Situation?*

Antwort: Regierungsrat **Markus Eigenmann** (FDP) sagt, bereits bei der Beantwortung des Vorstosses von Marc Scherrer sei dargelegt worden, dass eine Situation besteht, in der aus Sicht der Betroffenen vieles wünschenswert wäre – man aber wie in allen anderen Bereichen nur die Mittel hat, die eben zur Verfügung stehen. Damit versucht man, möglichst viel Wirkung zu erzielen. Es wurde versucht, aufzuzeigen, dass man genügend Plätze und Kapazitäten hat, was die Unterrichtszeit betrifft. Bei der schulergänzenden Betreuung, wozu auch die Ferienbetreuung gehört, besteht aber eine Situation, wie sie in vielen Gemeinden für alle Regelschülerinnen und -schüler ebenfalls besteht. Es gibt dort auch nicht für alle Ferienwochen ein Betreuungsangebot, das die Eltern in Anspruch nehmen können. Man kann nun diskutieren, was wünschenswert ist und was man sich leisten will. Im Moment sind wie dargelegt keine Ausbaumassnahmen geplant. Das rührt auch von der Finanzstrategie des Regierungsrats in den letzten Jahren her: Dinge, die man früher vielleicht als wünschbar angesehen hat, wurden nicht umgesetzt – mit Ausnahme der Ergänzung des FEB-Gesetzes und des Pilotversuchs für zusätzliche Ressourcen bei hochkomplexen Fällen, der in der Beantwortung beschrieben ist. Wenn dieser Pilot erfolgreich ist, wird es wahrscheinlich der Anspruch sein, dies zu verstetigen. Das wird die Auswertung zeigen.
Bei den Ferienhortplätzen hat man eine solche Absicht möglicherweise vor einigen Jahren geäussert. Aufgrund der Restriktionen der Finanzstrategie, die auch alle anderen Bereiche getroffen hat, wurde dies bisher nicht angegangen.

**13. Nicole Spiegel: Kriminalität im Zusammenhang mit Asylsuchenden[1]**

Keine Zusatzfragen.

://: Alle Fragen sind beantwortet.

---

[1] Die Grafik in der Landratsvorlage enthielt in der ursprünglichen Fassung fehlerhafte Angaben, was inzwischen korrigiert und der Fragestellerin auch direkt mitgeteilt wurde.